

Kunstmuseen und Kunstgeschichte als politische Akteure (Hamburg, 8–9 Apr 27)

Hamburg, Hamburger Kunsthalle, 08.–09.04.2027

Eingabeschluss : 16.08.2026

Tobias Techen, Hamburg

Kunstmuseen und Kunstgeschichte als politische Akteure, 1933-1969.

DFG-Projekt „Auf Linie? Die Hamburger Kunsthalle in Nationalsozialismus, Besatzungszeit und Bonner Republik (1933-1969)“.

Einleitung

Inzwischen ist das kulturpolitische Handlungspotenzial von Kunstmuseen und der akademischen Kunstgeschichte ein etablierter Forschungsgegenstand der Museums- und Fachgeschichte.

Untersucht werden dabei ihre Inanspruchnahme und Vereinnahmung ebenso wie ihr aktives Mitwirken an der Konsolidierung politischer Systeme. Die bisherige Forschung hat ihren Schwerpunkt jedoch vor allem auf den politischen Systemwechsel und die Folgen für die deutsche Kulturpolitik nach dem Regierungsantritt der NSDAP gelegt. Kontinuitäten, Brüche und Verschiebungen museumspolitischer und kunsthistoriographischer Leitideen und Akteure über die Zäsuren von 1945 und der doppelten Staatengründung hinaus sind demgegenüber erst in Ansätzen erforscht.

Hier setzt die für April 2027 geplante Tagung an. Sie fragt nach der Rolle von Kunstmuseen und der akademischen Kunstgeschichte als Akteure auf dem Feld der Kulturpolitik im Wechsel politischer Systeme zwischen Nationalsozialismus, Besatzungszeit, Bonner Republik und Deutscher Demokratischer Republik. Einbezogen werden sollen auch die zeitgleichen Entwicklungen in Österreich, das seit 1938 im politischen Einflussbereich Deutschlands und nach Kriegsende unter alliierter Besatzung stand. Auch dort stellte sich die Aufgabe, das Museumswesen und die Kunstgeschichtsforschung unter jeweils veränderten, teils von Deutschland dominierten politischen Rahmenbedingungen neu zu justieren.

Im Zentrum der Tagung steht die Praxis des Ausstellens und Sammelns in Kunstmuseen. Anders als die bisherige Forschung, die sich häufig mit Propagandaausstellungen und mit der Präsentation „entarteter Kunst“ befasst hat, richtet die Tagung den Blick auf ein breiteres Spektrum musealer Präsentationsformen. Dazu gehören Sammlungspräsentationen, Sonderschauen, internationale und

kooperative Ausstellungsformate oder Wanderausstellungen. Besonders berücksichtigt werden Ausstellungen historischer Kunst, einschließlich des 19. Jahrhunderts, die im Forschungszeitraum von 1933 bis etwa 1970 bislang vergleichsweise selten im Mittelpunkt standen. Gerade sie erscheinen aus heutiger Sicht oft als politisch unauffällige Formate. Umso stärker ist nach ihren kunstwissenschaftlichen, kunstpolitischen und kulturpolitischen Kontexten zu fragen.

Ausstellungen sind öffentliche Äußerungen. In ihnen werden Kunst, Museum und institutionelle Positionierung innerhalb politischer Systeme sichtbar. Sie transportieren Narrative, ordnen Wissen und stiften Deutungen. Deshalb kommt ihnen für die Frage nach der politischen Rolle von Kunstmuseen besondere Bedeutung zu. Die Tagung fragt danach, welchen Anteil an der politischen Indienstnahme von Kunst einerseits die akademische Kunstgeschichte als wissensstiftende Instanz hatte und andererseits die Museen selbst als ausstellende und kuratierende Akteure. Einbezogen werden auch weitere Akteure aus Kultur, Gesellschaft und Politik. Von Interesse ist dabei insbesondere das Zusammenspiel von musealer Präsentation, wissenschaftlicher Rahmung, publizistischer Vermittlung und die damit verbundenen Netzwerke.

Untersucht werden soll, wie sich kulturpolitische Zielsetzungen in der Ausstellungspraxis niederschlugen, wie sie einem breiten Publikum oder der Fachwelt vermittelt wurden und wie sie zur Stabilisierung, Hinterfragung oder Neutralisierung politischer Ideologien beitragen konnten. Dabei geht es um die Handlungsmöglichkeiten, Freiräume und Indienstnahmen musealer und universitärer Vertreter der Kunstgeschichte ebenso wie um die institutionellen und personellen Bedingungen ihres Handelns. Welche Rolle spielte das Zusammenwirken von Museumsleuten, Kunsthistorikerinnen

und Kunsthistorikern sowie Vertretern staatlicher Kulturpolitik? Welche Dynamiken ergaben sich aus wechselnden politischen Rahmenbedingungen, aus Verwaltungsstrukturen, aus lokalen und überregionalen Konstellationen sowie aus der Verortung in Metropolen oder der sogenannten „Provinz“?

Die Tagung widmet sich diesen Fragen in vier Sektionen, die unterschiedliche Formen, Akteurskonstellationen und politische Kontexte der Ausstellungs- und kunsthistorischen Forschungspraxis zwischen 1933 und den späten 1960er Jahren in den Blick nehmen.

Willkommen sind Exposés von maximal zwei Seiten für Beiträge von 20 Minuten. Bitte geben Sie an, für welche der Sektionen Sie Ihren Beitrag konzipieren. Einsendeschluss für Exposés inkl. einer Kurzvita ist der 16.08.2026.

Sektion 1 – Ausstellen, Deuten, Belehren: Museale Präsentation historischer Kunst und ihre publizistische Rahmung im Nationalsozialismus

Die Sektion untersucht Kunstmuseen im Nationalsozialismus als Volksbildungsstätten, die im Spannungsfeld zwischen eigenem Anspruch und politischer Indienstnahme agierten. Im Zentrum steht die Frage, wie Museen ihren selbst formulierten oder politisch vorgegebenen Bildungsanspruch konkret umsetzten – sei es in Ausstellungspraxis, räumlicher Inszenierung, inhaltlicher und

didaktischer Struktur von Sammlungspräsentationen oder durch begleitende Vermittlungsformate und Textproduktion. Ein besonderer Fokus liegt auf der Präsentation historischer Kunst (einschließlich 19. Jh.), deren ideologische Aktualisierung und kulturpolitische Aufladung für ein anonymisiertes, bildungsfernes Massenpublikum zentrale Aufgaben musealer Programmatik darstellten und zur Stabilisierung des Regimes beitragen sollten.

Eine besondere Rolle kommt dabei der Kunstpublizistik zu: Da die freie Kunstkritik seit 1936 verboten war, übernahmen Ausstellungsbesprechungen und Kunstberichte in der Presse sowie die populärwissenschaftliche Kunstliteratur eine interpretationsleitende Funktion. Häufig von Muse-

umsmitarbeitern oder institutionell nahestehenden Autoren verfasst, prägten diese Texte nicht nur die öffentliche Wahrnehmung der Ausstellungen, sondern gaben zugleich ideologisch erwünschte Lesarten vor. Die Sektion fragt daher nach dem Zusammenspiel von musealer Darstellung und publizistischer Deutung sowie danach, wie sich dieses Gefüge auf die Vermittlung historischer Kunst und die politische Positionierung der Museen auswirkte.

Ziel ist es, anhand exemplarischer Fallstudien sichtbar zu machen, wie Kunstmuseen im NS ihre Rolle als Volksbildungsstätten definierten, wie sie ihr Wissen und ihre Sammlungen im Medium der Ausstellung und Sammlungspräsentation dafür einsetzten und dadurch aktiv zur Legitimation und Stabilisierung des Regimes beitrugen.

Sektion 2 – Kriegswichtige Wissenschaft? Die Rolle(n) der akademischen Kunstgeschichte vor und nach 1945

Die Kunstgeschichte als Fachdisziplin erfuhr zwischen 1933 und 1945 sowie in den folgenden Jahren eine Reihe höchst unterschiedlicher Rollenzuweisungen, übernahm aber auch selbst politische Verantwortung. Während von ihren Vertretern auf der einen Seite zum Teil volkstümelnde, nationalistische sowie rassistische Narrative ausgeprägt wurden, ging es zugleich darum, Außenwirksamkeit zu entfalten und die eigene internationale Strahlkraft – etwa mit Publikationen und Vorträgen anlässlich des Olympiajahres 1936 – zu betonen. Damit positionierten sich die akademischen Fachvertreter und distanzieren sich zugleich von den internationalen Zusammenkünften (etwa in Paris 1937 auf dem *Deuxième Congrès International d'Esthétique et de Science de l'art*). Mit der Gründung des Verbands Deutscher Kunsthistoriker in Brühl 1948 erfolgte eine Neuausrichtung der deutschen Fachgeschichte, wenn auch mit den teils gleichen Akteuren und ohne eine kritische Neuaufstellung, die erst mit dem Deutschen Kunsthistorikertag 1970 in Köln gelang.

Die Sektion möchte einen Blick auf die sehr unterschiedlichen Medien und Orte werfen, die von Seiten der akademischen Akteure genutzt wurden, um in diesem Spannungsfeld vor und nach 1945 Wirkung

zu entfalten. Dabei geht es sowohl um Publikationen, die ein größeres, diverses Publikum erreichen sollten, als auch um Führungen und Vorträge in Museen für die Allgemeinheit oder bestimmte Gruppen. Ein Schwerpunkt kommt hier der Interaktion mit den Fachkollegen aus den (Kunst)-Museen zu. Es ist die Frage zu stellen, ob und inwieweit die akademische Kunstgeschichte in die musealen Vermittlungsstrategien einbezogen war, ob von Seiten der Universität Narrative vorgeprägt und im Museumskontext verwendet wurden oder ob es gemeinsam konzipierte Strategien gab. Zudem ist zu fragen, was sich in den Jahren nach 1945 änderte: Ist von einer personellen Kontinuität oder einem

Bruch auszugehen? Wurden die populären Vermittlungsmedien beibehalten, erweitert oder neu konzipiert? Welche Konsequenzen hatte dies für die bearbeiteten Themen? Welche Rollen hatten weibliche Fachvertreterinnen vor und nach 1945, inwieweit wurde das fachliche Agieren von Kunsthistorikerinnen gefördert oder gebremst? Inwieweit ist die Zeit vor und nach 1945 geprägt von einer unterschiedlichen fachlichen Ausbildung bzw. Entfremdung der institutionellen Kunstgeschichte?

Am Ende steht die Frage, welchen Anteil politische Vorgaben innerhalb des nationalsozialistischen Regimes und in der Besatzungszeit hatten und wie weit die fachliche Expertise innerhalb und außerhalb der kunsthistorischen Community instrumentalisiert wurde.

Sektion 3 – Museale Strategien politischer (Wieder)Annäherung nach 1945

Bereits kurz nach Kriegsende begannen deutsche Museumsleute, ehemalige Kontakte zu ihren Kollegen im Ausland wiederaufzunehmen oder neu zu knüpfen. Noch bevor auf deutscher Seite politische Infrastrukturen hierfür etabliert waren, vernetzte sich das deutsche Museumswesen durch Ausstellungsprojekte, personellen Austausch und Studienreisen auf internationaler Ebene; ausländische Regierungen oder halbstaatliche Institutionen griffen diese Initiativen auf, kooperierten mit deutschen Akteuren oder entsendeten selbst Kunstwerke, oftmals im Ansinnen einer re-education und Demokratisierung der deutschen Gesellschaft mithilfe des Museumswesens. Die verschiedenen Projekte standen im Zeichen einer kulturellen Rehabilitation Deutschlands auf internationalem

Parkett, entsendete Kunstwerke wurden in den diplomatischen Dienst als Botschafter deutscher Kultur und kultureller Leistungen Deutschlands gestellt. Während der Zweite Weltkrieg und seine Folgen das alltägliche Leben und politische Geschäft prägten, entstand so im Kulturgutaustausch ein politischer Kommunikationsraum, in dem zwischenstaatliche Verständigung und Wiederannäherung möglich wurden.

Anhand einzelner Ausstellungsprojekte, Museumsleute und Vertretern der Kulturpolitik mit ihren (professionellen) Biographien und Netzwerken sowie Organisationen möchte diese Sektion die Bedeutung der Zusammenarbeit musealer und anderer politischer Akteure bei der Reintegration Deutschlands in die internationale Gemeinschaft ab 1945 in den Blick nehmen. Im Mittelpunkt sollen dabei einerseits die jeweiligen Handlungsmöglichkeiten der Akteure stehen, die sich aus der Kooperation mit Partnern aufseiten ausländischer Regierungen, insbesondere jenen der Besatzungsmächte, oder Organisationen ergaben. Andererseits gilt es, die kulturpolitischen Narrative in den Blick zu nehmen, in die Kunstwerke, Künstler und Künstlerinnen, kunsthistorische Epochen und Ästhetiken eingebunden wurden, um einen kulturellen Rang Deutschlands in der Nachkriegszeit wieder zu behaupten. Wie wurden hieran Aspekte von Nationalstaatlichkeit, kultureller Repräsentation oder ein Anspruch auf europäische Geltung verhandelt? Keineswegs betraten die Akteure mit ihren Initiativen gänzlich neues Terrain: bereits in der Weimarer Republik und während des Nationalsozialismus wurde Museumsbesitz mit kulturdiplomatischem Interesse oder als Mittel staatlicher Repräsentation im Ausland funktionalisiert. Wie verschoben sich mit dem Wechsel der politischen Rahmenbedingungen auch die Tonalitäten im Ausstellungswesen deutscher Museen im Ausland und in der Zusammenarbeit mit den dortigen Akteuren?

Sektion 4 - Deutsche Kunstmuseen in den 1950er und 1960er Jahren

In einer sich konsolidierenden Bonner Republik und DDR agierte unterschiedlich politisch und historisch geprägtes leitendes und kuratorisch tätiges Museumspersonal parallel. Sie alle jedoch arbeiteten vor dem Hintergrund der Erfahrung mit dem Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges. Dabei waren sie mit verschiedenen personellen Kontinuitäten und Netzwerken ver- und eingebunden und gestalteten eine sich immer noch neu auszurichtende nationale Museumslandschaft. Dies passierte im Rahmen lokaler, nationaler und internationaler Kulturpolitik, die durch jeweilige regionale, nationale und internationale Ereignisse, wie z. B. 1961 durch Mauerbau oder dem Kalten Krieg, determiniert wurde.

Darum stellt sich u. a. die Frage, wie diese unterschiedlichen Personalien und Netzwerke passiv

und/oder aktiv mit diesen personellen, fachlichen, kulturhistorischen und politischen Parametern umgegangen sind. Inwieweit schrieb sich dies in dem jeweiligen Sammlungscharakter der Kunstmuseen und in den Ausstellungsprogrammen ein? Weiterhin ist zu fragen, welche Sammlungsstrategien für die Moderne und die zeitgenössische Kunst weitergeführt, neu etabliert oder welche nicht mehr fortgesetzt wurden. Können hierbei Reaktionen auf (kultur-)politische Stimmungslagen abgelesen werden? Welche Neujustierung erfuhren die Werke der Alten Meister und die des 19. Jahrhunderts im Vergleich zueinander und auch im Vergleich zur Klassischen Moderne und zeitgenössischen Kunst? Und inwieweit werden hier Traditionen weitergeführt und/oder neue Akzente gesetzt? Und wie verhielt sich dies bei den unterschiedlichen Kunstgattungen? Wurde beispielsweise der Skulptur, die im Nationalsozialismus ideologisch präsent war, eine neue Funktion zugeschrieben und welche Auswirkungen hatte dies auf die Bestände und Präsentationen der Kunstmuseen? Und nicht zuletzt sind für diese Zeitphase vergleichbare oder differierende Entwicklungen in den Kunstmuseen in der BRD und DDR erkennbar?

Organisatorische Informationen und Kontakt

Reisekosten können im Rahmen des Hamburger Reisekostengesetzes gegen Vorlage der entsprechenden Belege erstattet werden. Für Referentinnen und Referenten kann zudem eine Hotelübernachtung aus Projektmitteln übernommen werden.

Bitte übersenden Sie Ihr Exposé von maximal zwei Seiten und eine Kurzvita unter Angabe der entsprechenden Sektion bis zum 16.08.2026 an marc.krohn@studium.uni-hamburg.de und arina.fazlaeva@studium.uni-hamburg.de

Bei Rückfragen und Anmerkungen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung!

Quellennachweis:

CFP: Kunstmuseen und Kunstgeschichte als politische Akteure (Hamburg, 8-9 Apr 27). In: ArtHist.net, 01.07.2026. Letzter Zugriff 01.07.2026. <<https://arthist.net/archive/52850>>.